

Die Holzarbeiter ausgesperrt!

Reichstages haben 3 (1) für den deutsch-nationalen Antrag auf Einführung des 18. Januar als Nationalfeiertag gestimmt; bei dem Antrag über die Wiedereinführung der schwarz-weiß-rot-goldenen Reichsfahne hat sich das Zentrum der Stimme enthalten. Was ist der schwarz-rot-goldene „Volksheld“? Eine „Wahlparole“, ein Schwindel, eine Fiktion, die keine Wirklichkeit in sich hat. Und wo ist der „Kampf“ dieser Republikaner?

Wenn jetzt die Luther-Schlieben-Schiele-Regierung ihre Steuer- und Zollgesetze durchführen kann, die den wertvollen Massen fürchterliche neue Lasten, Teuerung und Hungerelend bringen, so ist das nur dadurch möglich, daß bei der Abstimmung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag die SPD, der Luther-Regierung das Leben gesetzt hat. Das ist ihr „Kampf gegen die Reaktion“!

Das Märchen von dem herrlichen „Volksheld“ ist zu Ende. „Ach, wie bald schwindet Schönheit und Gestalt...“ Aber die Wählermassen, die auf diesen Schwindel des schwarz-rot-goldenen „Volkshelds“ hereingefallen sind, was sollen sie tun? Hinweg mit dem Trug! Heraus aus der Kapitalistenfront! Hinein in die rote Front des Proletariats, hinein in die SPD!

Sieg der Revolutionäre in China

London, 13. Juni. Nach den letzten Meldungen ist es den revolutionären Kuomintang-Truppen, die von Honan aus vorrückten und die Stadt Kanton, in der sich zeitweilig abtrünnige Truppen festgesetzt haben, gelungen, die Stadt zu umzingeln und nach einem heftigen Artilleriegefecht in die Stadt selbst einzudringen. In der Stadt entwickelten sich Barrikadenkämpfe, die sich knapp in der Nähe des Ausländerviertels abspielten. Man zweifelt nicht mehr daran, daß die konterrevolutionären Jünnan-Truppen aus der Stadt endgültig vertrieben werden.

Die letzten Abendmeldungen berichten über den vollständigen Sieg der revolutionären Truppen.

Sturm auf die Konsulate.

London, 14. Juni. Nach Meldungen aus Schanghai wurden das englische und das japanische Konsulat in der Stadt Kiangang von einer erregten Menschenmasse gestürmt und angezündet. Das britische Konsulat konnte von den Angreifern, die zu plünderndem Beginn hatten, wieder befreit werden, die darauf andere Gebäude ausländischer Gesellschaften plünderten. So wurden das Bestium der japanischen Schiffahrtsgesellschaft und die Häuser anderer Schiffahrtsgesellschaften völlig eingeebnet. Die Gewalttaten begannen damit, daß mehrere tausend Ausländer, meist Studenten und Arbeiter, in das britische Konsulatsgebiet einbrachen und gewalttätig wurden. Chinesische Truppen trieben schließlich die Aufrührer zurück. Ein japanisches Kondungskorps sucht die Ordnung aufrechtzuerhalten. Indessen werden von kleinen Gruppen der Empörer beständig neue Gewaltakte verübt.

„Natürlich russische Offiziere!“

Kanton, 14. Juni. (Reuter.) Der Sieg der Kantonstruppen wird auf die Tatkraft zurückgeführt, daß sie von russischen Offizieren geführt wurden. Auf der Kantonseite des Flusses behielten sich jetzt 10.000 Mann. Ihr Abweichen ist die rote Fahne. Gegenwärtig herrscht Ruhe. Geplündert wird nur wenig. Einige Plünderer wurden von den Siegern erschossen. Man fürchtet, daß nach diesem leichten Sieg der bolschewistischen Soldaten die Erbitterung gegen die Ausländer noch steigern wird.

Eine neue Protestnote der chinesischen Regierung.

Peking, 14. Juni. (Reuter.) Das Auswärtige Amt stellt der britischen Gesandtschaft einen Protest gegen die Schierei in Hankau zu, in dem es heißt: Das Auswärtige Amt habe mit großer Heftigkeit vernommen, daß während die Schanghai-Angelegenheit noch nicht geregelt war, ein ähnlich schwerer Vorfall in Hankau ereignet habe, wo britische Freiwillige am 11. Juni Wajungengewehre verwendet, 8 Chinesen getötet, 11 verwundet und damit den Grundgedanken der Menschlichkeit verletzt haben. Die Note erhebt formell Protest und behält sich das Recht vor, weitere Forderungen zu stellen, sobald der Fall untersucht ist. Sie fordert endlich, daß der britische Geschäftsträger alle Konsuln und sonstigen fremden Behörden anweise, in Zukunft derartige Handlungsmuster zu unterlassen. — Der Reuterbericht fügt hinzu, die Ausländer hielten diese Note für ein demeritmerkes Zeichen der Schwäche der chinesischen Regierung, da sie ein Kachgeben vor der bolschewistischen Fresse und den extremen Studenten bedeute, die verlangen, daß China mit seinen Forderungen sich allein an Großbritannien halten solle. Die Studenten fordern weiter die Abberufung des britischen und des japanischen Gesandten aus Peking und der beiderseitigen Konsuln aus Schanghai, sowie die Auslieferung des ausländischen Vol.-Präsidenten von Schanghai an die chin. Regierung, der bestraft werden müßte. Schließlich wird die endgültige Jurisdiktion der britischen und japanischen Kanonenboote aus den Gewässern von Schanghai gefordert. Eine weitere Reutermeldung unterstreicht noch einmal die Tatsache, daß der Protest gegen den Zwischenfall in Hankau nicht wie der wegen Schanghai dem Rang des diplomatischen Korps, sondern der britischen Gesandtschaft zugesandt wurde.

General Jeng gegen England.

Peking, 14. Juni. Reuter zufolge erklärte General Jeng in einem Interview, falls es zu Feindseligkeiten gegen England kommen sollte, würde er als erster ins Feld ziehen. China brauche keine Angst vor England zu haben, das zwar eine große Flotte, aber nur ein kleines Heer besitze.

Das Reichsbanner kriegt Relle

Am 6. und 7. Juni hat das Reichsbanner Bannrecht eine Bannerweiche abgehalten, die mit allerlei Schwierigkeiten, heftigen Schlägen usw. begleitet wurde. Die Teilnehmer an der Bannerweiche durften keinen Umzug durch die Stadt machen, durften nur nach dem Artilleriehof marschieren, um dort die gelassenen Proleten auf republikanische Weise zu ehren und dabei wurde ihnen verboten, ihre Köpfe mit der schwarz-rot-goldenen Fahne an der linken Seite zu tragen. Waren das heilige Schützen der 1. Igl. bannisch-republikanischen Volkzwei, so ging es am Abend gegen die abmaršierenden Reichsbannerleute brutaler vor. Das Kisten „Reich der Republik!“ wurde die republikanische Schutzhülle der Republik Bannern; die Christoffel und die Landesposten gegen blank und bearbeiteten mit Gummistücken die Reichsbannerleute, die dadurch immerhin einen Gehirnschaden davon bekommen haben mögen, wie herrlich es in der „Republik“ besteht ist. Wie bei ähnlichen Anlässen gegen die Kommunisten prägte die baprische Polizei auch Kränen und Kinder und brachte sofort ein Auto mit einem Wajungengewehr in Stellung, um nötigenfalls das Gefüge dieser „Republik“ mit Blut von Republikanern zu füttern.

Die vom Arbeitgeberverband der Holzindustrie angeführte Aussperrung hat am Sonnabend eingeleitet. Soweit sich zurzeit übersehen läßt, sind zunächst nur größere und mittlere Betriebe dem Aussperrungsbeschluss gefolgt. In den Kleinbetrieben hat die Aussperrung, soweit wir feststellen konnten, noch nicht eingeleitet.

Die Tischlermeister, soweit sie dem Arbeitgeberverband angehören, werden zwecks Durchführung der Aussperrung erst heute Beschluss fassen.

Diese Provokation der Unternehmer, die einen glatten Tarifbruch und einen frechen Angriff der Holzindustriellen auf die Arbeiter bedeutet, muß von den Holzarbeitern sofort mit der Verbreitung des Kampfes auf der ganzen Front beantwortet werden. Die Arbeiter dürfen den Unternehmern nicht gestatten, die Arbeiterkraft zu spalten und in Einzelkämpfen abzuwürgen, um die geplanten Verschlechterungen durchzuführen. Der Kampf der Holzarbeiter ist ein Kampf der Gesamtarbeiterkraft. Vom Holzarbeiterverband muß sofort die Arbeitseinstellung in den von der Aussperrung nicht betroffenen Betrieben gefordert werden. Den Angriff der Unternehmer müssen die Arbeiter mit einem mächtigen Gegenstoß beantworten.

In allen Betrieben muß die übrige Arbeiterkraft zu diesem Kampfe Stellung nehmen und durch praktische Solidarität den Kampf der Holzarbeiter unterstützen.

Die Holzindustriellen begehen Vertragsbruch

Welche Konsequenzen ziehen die freien Gewerkschaften daraus?

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie hat die General-Aussperrung aller freigewerkschaftlich organisierten Holzarbeiter ab Sonnabend, den 13. Juni, angeordnet. Auch der „Vorwärts“ stellt in seiner Donnerstag-Vorgangsausgabe fest, daß die Holzindustriellen auf gültige Tarifverträge und verbindlich erklärte Schiedsprüche pflichten, wenn es ihnen in den Plan paßt. Der „Vorwärts“ schreibt wörtlich:

„Allerdings bedeutet dieser Beschluss wiederum einen Vertragsbruch. Durch die Tarifverträge sind die Parteien verpflichtet, erst alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, ehe zu Kampfmaßnahmen geschritten wird. Vor den Zentralvorständen haben die Vertreter der Bezirke aber gar nicht verhandelt. Im Grunde wurden sie nur über die Forderungen und die dagegen erhobenen Einwände gehört. In dem Augenblick, als die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen beginnen sollten, brachen die Unternehmer die Verhandlungen ab, um ihren lange vorher beschlossenen Plan durchzuführen. Die Unternehmer wollen jetzt die Lohnbildung, die vertraglich den Bezirken obliegt, zentral regeln. Dagegen erheben die Holzarbeiter grundsätzlich keinen Einwand, aber das steht voraus, daß die Tarifverträge vorher geändert werden. Die Unternehmer wollen diese Veränderung aus eigener Machtvollkommenheit, also durch Vertragsbruch erreichen, und deshalb die Massen aussperrten. Das ist eine Machtprobe, die schließlich ein ganz anderes Ergebnis zeitigen wird als die Herren sich gedacht haben.“

Die Unternehmer begehen also „Vertragsbruch“. Das zeigt, was die ganzen arbeitgemeinschaftlichen Abmachungen wert sind. Die Organe des kapitalistischen Staates, die doch im Grunde nichts anderes sind als die Vollzugsorgane der Kapitalisten, werden selbstverständlich die Unternehmer nicht zur Einhaltung der „zwingenden Kollektivverträge“ zwingen. Die Arbeiter haben formell das Recht, die Unternehmer auf Einhaltung der Tarifverträge bei den ordentlichen Gerichten zu verklagen. Es braucht nicht erst gesagt werden, daß die Holzarbeiter längst verhungert wären, ehe auch nur eine derartige Klage zur Verhandlung käme.

Die Wahrheit ist eben, daß Tarifverträge nur so lange bestehen, als sie von beiden Teilen gehalten werden. Nur wenn die Arbeiter stark genug dastehen, die Unternehmer zu schlagen, können sie die Unternehmer dazu veranlassen, abgemachte Kräfte auch wirklich einzuhalten. Nur die Macht entscheidet, die „Rechtsgarantien“ sind, wenn es sich um das Gesamtunternehmertum und nicht um einzelne Firmen handelt, lächerliche Witze.

Daraus müssen die Arbeiter lernen. Immer wieder behaupten die Gewerkschaftsführer, daß die Arbeiter Tarifverträge unbedingt bis zum letzten Tag einhalten müßten und „geleichtlich verpflichtet“ seien, sich verbindlich erklärten Schiedsprüchen zu fügen, daß nach einem verbindlich erklärten Schiedspruch die Arbeiter nicht mehr machen könnten. Alles dies ist einfach gelogen. So wenig die Unternehmer vom Gelehrten werden können, so wenig sind die Arbeiter gezwungen und so wenig dürfen sie sich durch leere Drohungen zwingen lassen. Die Arbeiter haben doch auf jeden Fall damit zu rechnen, daß bei einem Streit alle staatlichen Nachmittel gegen sie und zugunsten der Unternehmer eingesetzt werden, also auch damit können sie sich nicht mehr schrecken lassen.

Für den Holzarbeiterkampf hat diese Erkenntnis unmittelbar praktische Bedeutung. Der ADGB darf nicht zusehen, wie sich die Holzarbeiter in einer langen Aussperrung abtun. Da die Unternehmer gezeigt haben, wie sie vertragliche Versprechungen bewerten, so hat der ADGB, doppelt die Pflicht, durch Einbeziehung lebenswichtiger Industriezweige in den Kampf den Holzarbeitern beizuspringen und ihnen zu einem raschen Sieg zu verhelfen. Der Angriff der Holzindustriellen ist ein Angriff des Gesamtunternehmertums auf die freien Gewerkschaften. Diese Machtprobe muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgelöscht werden. Das Unternehmertum hat als erste die Verträge gebrochen, der ADGB hat volle Freiheit, jede benötigte Arbeitergruppe jeden Tag in den Kampf einzubeziehen. Die Arbeiterkraft darf sich auf keinen Fall selbst die Hände binden.

Generalangriff auf die Holzarbeiter

Wie tödlichlos das Kapital keine scharf moderierten Pläne durchführt und dafür den letzten kleinen Krutner mobil macht, um die gesamte Holzarbeiterkraft auf die Antie zu zwingen, zeigen die Anweisungen, die vom Gesamtvorstand des Arbeitgeberverbandes des Holzgewerbes ausgehen.

Wir sind in der Lage, folgendes Rundschreiben des Holzarbeiter-Schuerverbandes für das Kleingewerbe an die Tischlermeister zu veröffentlichen:

„Der Gesamtvorstand und der Ausschuss des Arbeitgeberverbandes für das lässliche Holzgewerbe haben am 10. Juni folgenden Beschluss gefasst:

„Der Gesamtvorstand und der Ausschuss des Arbeitgeberverbandes des lässlichen Holzgewerbes beschließen auf Grund der Anordnung des geschäftsführenden Vorstandes unseres Zentralverbandes die Durchführung der Aussperrung im gesamten Vertriebsgebiet ab Sonnabend, den 13. dieses Monats mit Arbeitschluss.“

Sie machen es allen Mitgliedern zur Ehrenpflicht, den Anordnungen des Verbandes Folge zu leisten.

Unser Verband hat jedoch beim Vorstand des Arbeitgeberverbandes des lässlichen Holzgewerbes beantragt, die Durch-

führung dieses Beschlusses für das Handwerk bis nächsten Mittwoch auszuweichen.

Somit hat der Verband lässlicher Tischlermeister die Möglichkeit, diese Frage auf den nächsten Sonntag und Montag in Dresden stattfindenden 18. Sächsischen Tischlermeisterkongress zu besprechen. Weitere Mitteilungen gehen unseren Mitgliedern nach dem Verbandstag rechtzeitig zu.

Auf Grund dieser Mitteilung bitten wir jedoch von Einzelverhandlungen abzuleben und vor allen Dingen keine Verhandlungen zu gewähren. Weiter erwarten wir, daß mit Rücksicht auf diese wichtige Angelegenheit der Verbandstag in Dresden und Weihen recht zahlreich besucht wird.

(ges.) A. Heinze, 1. Vorsitzender, S. Wecher, Schriftführer.

Die Kleinmeister haben sich also eingereiht in die Kampffront der Oberhärtnmacher. Der Kampf geht in erster Linie um Lohnabbau und Zerstörung der Gewerkschaft. Dieser teuflische Plan der Reaktion, die den Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe ins erste Treffen schickt, muß von der Gesamtarbeiterkraft zuhause gemacht werden. Die schwarz-weiß-rotene Erschlaffungspolitik, gestützt von den schwarz-rot-gelben, wollen unter allen Umständen aus der deutschen Arbeiterkraft die Separationsfäden und einen hübschen Profit für sich heraus-schinden. Die sozialdemokratische Führertruppe war der Gattner, der den Boden dafür mit Proletarierblut düngte. Die ganze deutsche Arbeiterkraft muß zur Einheitsfront aller Ausgeschlachten im Kampf gegen das Kapital schafften. An der Solidarität der Arbeiterklasse muß der Generalangriff des übermächtigen Unternehmertums scheitern.

Die Tischlermeister zur Holzarbeiteraussperrung

Der Hilseschrei nach dem Reichsschlichter

Der Verband der sächsischen Tischlermeister nahm in seiner gestern begonnenen Tagung zur Aussperrung in der Holzindustrie Stellung. Nach dem Bericht des „Dresdner Anzeiger“ von heute morgen wurde von den Tischlermeistern auf Antrag des Bezirks eine Entschließung angenommen, in der um Ausbruch gebracht wird, daß der Arbeitgeberverband der Meinung ist, daß die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft sind. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitskampf so schnell wie möglich zu beenden. Lohnzulagen dürfen in den Betrieben des Verbandes sächsischer Tischlermeister nicht gewährt werden. Die Resolution verlangt weiter das Eingreifen des Reichsschlichters, der eine Einigung herbeiführen soll. Soweit diese Resolution, in der Aussprüche über den Bericht wurde vom Obermeister Heinze erklärte, daß der Vertrag mit dem Arbeitgeberverband das Zulammengehen mit den Holzindustriellen in der Aussperrung erfordere, und es handele sich nur darum, festzustellen, ob alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft worden seien? Weiteres wurde in der Diskussion, wie es auch in der gelassenen Entschließung zum Ausdruck kommt, verneint. Die Tischlermeister sind also nicht gewillt, den Oberhärtnmachern zu folgen. Der Schrei nach dem Reichsschlichter aber zeigt deutlich, daß die Kleinbetriebe ihre Hoffnung auf Beilegung dieses Konfliktes durch einen Schiedspruch, der den Wünschen der Unternehmer Rechnung trägt, nicht begraben. Die Holzarbeiter müssen daraus erkennen, daß der ihnen aufgezwungene Kampf mit aller Konsequenz zum vollen Erfolg durchgeführt werden muß.

„Der ADGB lämft!“

Er erhebt keine warnende Stimme.

Der ADGB erläßt angesichts der neuen drohenden her-austretenden Wirtschaftskrise eine Kundgebung. Wer jedoch glaubt, daß der ADGB jetzt die Arbeiter zum Kampf aufruft, irrt sich. Der ADGB stellt den Generalangriff der Unternehmer auf die deutschen Arbeiter fest. Er erhebt keine „warnende Stimme“ und richtet dann folgenden Appell an die monarchistische Reichsregierung:

„Der Bundesausschuss erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerböhrungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Herabdrückung des Lebenshaltungsniveaus des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volksganzen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.“

Die Arbeiter wissen, daß sie von der Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Sie müssen die Erweiterung des Streiks gegen die Aussperrung erzwingen.

Die Transportarbeiterbonzen droffeln den Kampf ab

Dortmund, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratischen Führer des Transportarbeiterverbandes teilen mit, daß der Generalstreik der Transportarbeiter für Rheinland-Westfalen, der am Sonnabend einleiten sollte, aufgehoben ist. Es seien Einigungsverhandlungen angeleitet.

Ausdehnung des Streiks in Drisburg

Dortmund, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hafenarbeiter haben sich den Streikenden in Drisburg Aufricht angeschlossen und die Arbeit niedergelegt.

Ein Hohenzollernschieber verhaftet

Berlin, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Hier wurde die Inflationsscheine „Bankier“ Gruller verhaftet. Der weiteren Öffentlichkeit wurde er namentlich bekannt durch die Veröffentlichung von Vermögensabzügen ins Ausland, die den Hohenzollern gehörten. Im Jahre 1923 wurde er deshalb mit 30.000 Mark Strafe belegt. Namentlich Erprinz Eitel Friedrich war kein Auftraggeber und Kunde. Jetzt steht die von Gruller während der Inflationzeit aufgekauften Industrie- und Weinbau vor dem Konkurs. Eine schöne Reihe von Kuriositäten Eitel Friedrich!

Aus der Partei

Für die Beschlüsse des 3. V.

Düsseldorf, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bezirkskongress der SPD in Düsseldorf nahm gestern einstimmig ohne Stimmenthaltungen eine Entschließung für die Thesen des Zentral-ausschusses an.

Stuttgart, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Unterbestratag des Industriezweiges Stuttgart stellte sich mit 47 gegen 12 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen auf den Boden der Beschlüsse des Zentralausschusses.

Vertical text on the left margin, likely a page number or publication info.

Vertical text on the right margin, likely a page number or publication info.